

## NICHT NUR FÜR DEN PAPIERKORB: STANDESINITIATIVEN ERWEISEN SICH ALS ERFOLGREICH

**Vorschläge der Kantonsparlamente an die Bundesversammlung können durchaus Wirkung zeigen, wie gerade die jüngsten Initiativen aus dem Kanton Basel-Landschaft zeigen.**

«Von der Amtsstube in den Papierkorb» – so titelte die Neue Zürcher Zeitung im September 2016 und äusserte sich sehr kritisch über die Kantone, die «eifrig Standesinitiativen im Parlament» deponieren würden, um die sich dann die Politikerinnen und Politiker im Bundeshaus foutingieren würden.

In der Tat rückte die Fachliteratur bis vor wenigen Jahren die Erfolgsquote dieses Instruments in ein schlechtes Licht. Etwas differenzierter äusserte sich der SRF-Bundeshausredaktor Curdin Vincenz im März 2018 im Regionaljournal Aargau Solothurn: «Eine Standesinitiative kann etwas be-



Kuppeldecke des Parlamentsgebäudes im Bundeshaus mit den Wappen aller 26 Kantone (Copyright: VBS/DDPS, Urheber: Urheber Kaspar Bacher).

wegen, auch wenn sie nicht angenommen wird.» Als Beispiel nannte er die Bündner und Walliser Vorstösse für den Umbau von Ställen in Ferienhäuser ([16.308 / 16.310](#)), die in abgeschwächter Form umgesetzt wurden. Jeder Kanton bzw. jedes Kantonsparlament kann der Bundesversammlung eine Initiative unterbreiten. Von diesem Recht wird rege Gebrauch gemacht, wie die Statistik zeigt: Seit 2007 wurden über 300 Standesinitiativen eingereicht. Spitzenreiter sind die Kantone Genf (48) und Bern (37), der Kanton Basel-Landschaft liegt mit Wallis und Luzern im Mittelfeld (13). In der 2019 beendeten letzten Legislaturperiode behandelten die Räte 102 Initiativen, nur 6 davon wurde Folge gegeben, und nur 3 mündeten in einen Erlass. Seit 1995 verzeichnet die Datenbank der Bundesversammlung (Curia Vista) 29 basellandschaftliche Standesinitiativen, von denen sich drei in Behandlung befinden.

Wirft man einen Blick auf die jüngsten Initiativen, so scheint sich das Bild vom Papierkorb-Produkt zu wandeln – zumindest für die Initiativen aus dem Kanton Basel-Landschaft (und zum Teil gleichlautend aus dem Kanton Basel-Stadt). Die letzte gescheiterte Kantonsinitiative hatte zum Ziel, eine international koordinierte Besteuerung von Kerosin zu ermöglichen ([20.319](#)). Die Standesinitiativen aus Thurgau, St. Gallen, Basel-Stadt und Basel-Landschaft ([18.324](#)) zur Finanzierung der Kinderspitäler hingegen mündeten in eine Kommissionsmotion ([19.3957](#)), welcher die Räte zustimmten. Auch die Diskussion über die BL-Initiative für eine schweizerische Erdbebenversicherung ([19.307](#)) führte zu einem Gegenvorschlag der Kommission für eine Erdbebenversicherung mittels System der Eventualverpflichtung ([20.4329](#)), deren Ansatz vom Bundesrat in seinem Bericht vom 26. August 2022 aufgenommen wurde. Nach Beratung

der Standesinitiativen der Kantone Zug, Luzern, Basel-Stadt und Basel-Landschaft ([20.313](#)) betreffend Teilnahme an Parlamentssitzungen während des Mutterschaftsurlaubs eröffnete die zuständige Kommission am 25. August 2022 die Vernehmlassung zu einer Änderung des Erwerbersatzgesetzes betreffend die Mutterschaftsentschädigung von Parlamentarierinnen. Die für den Forschungsstandort Nordwestschweiz bedeutsame Vollassoziierung der Schweiz am EU-Forschungsprogramm Horizon Europe ist das Ziel von gleichlautenden Initiativen der beiden Basler Kantone ([21.327 / 21.328](#)). Sie bewirkten, dass die zuständige Kommission am 4. November 2022 eine Vernehmlassung für einen befristeten Fonds eröffnete, der die finanziellen Mittel zugunsten der Schweizer Forschung besser absichert und so die weitere Planung für den Forschungsplatz verbessert. Schliesslich setzte sich auch der Vorstoss der beiden Basler Kantone zur Digitalisierung des Schweizer Gesundheitswesens ([22.318 / 22.313](#)) durch und wurde am 8. November 2022 von der Kommission mit Antrag auf Annahme an den Ständerat weitergeleitet. Fazit: Gut formulierte Initiativen, die in der Anhörung vor der Kommission überzeugend präsentiert werden, haben ihre Chancen. Der Papierkorb quillt noch lange nicht über ...

Mehr unter: <https://www.parlament.ch/de> > Parlamentswörterbuch > Standesinitiative

Text: Martin Weber, Leiter Aussenbeziehungen, Landeskanzlei